

Tempolimit, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum

Angela Merkels Klimaschutzbemühungen:
Außen hui – innen pfui?

Ein Kommentar von Hans Balbig

Angela Merkel, die für ihre internationalen Bemühungen in Sachen Klimaschutz zu Recht gelobte Bundeskanzlerin, hat sich gegen die vom Hamburger SPD-Parteitag geforderte Geschwindigkeitsbeschränkung auf deutschen Autobahnen ausgesprochen. Mit ihr werde es so etwas nicht geben, sagte die deutsche Regierungschefin. Damit tritt sie in die Fußstapfen ihres Vorgängers Gerhard Schröder, des selbst ernannten „Kanzlers aller Autos“. Frau Merkels Reaktion ist bedauerlich, denn wenn die ehrgeizigen, von der Kanzlerin selbst vorgeschlagenen Reduktionsziele beim CO₂-Ausstoß tatsächlich erreicht werden sollen, dann nur durch eine breite Palette von Maßnahmen. Die „Klimakanzlerin“ fordert einen Rückgang der CO₂-Emissionen in Deutschland um immerhin 80% bis zum Jahre 2050. Zwar kann ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen dazu nur relativ wenig beitragen, doch eine Einsparung von 2,5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr ist allemal mehr als nichts. Außerdem würde durch eine Geschwindigkeitsreduzierung auch der ökologisch äußerst problematische Ausstoß von Stickstoffoxiden zurückgehen. Und nicht zuletzt ließe sich durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle reduzieren. Mit seinen 12000 Autobahnkilometern ist Deutschland praktisch das einzige Industrieland auf der ganzen Welt, in dem kein generelles Tempolimit gilt. Die Auseinandersetzung mit den nicht immer schlechten Vorschlägen des Koalitionspartners ist bei weitem nicht so öffentlichkeitswirksam und schon gar

nicht imagefördernd, wie große Worte bei G8- oder Klimagipfeln. Doch auch der Hamburger Parteitag der SPD lieferte vielfach nur Schlagworte: Wie man für „mehr Transparenz“ auf den Finanzmärkten sorgen will, das blieb genauso nebulös, wie der wieder in die Diskussion eingeführte Begriff des „demokratischen Sozialismus“.

Einen kleinen, allerdings unfreiwilligen, Beitrag zum Klimaschutz leistete dagegen Bundespräsident Horst Köhler. Wegen zweier defekter Flugzeuge konnte er Ende Oktober 2007 nicht nach Aachen zur Verleihung des Deutschen Umweltpreises kommen. Seine vorbereitete Rede wurde verlesen. Köhler forderte, die Menschen müssten ihren Lebensstil ändern, im Sinne von „gut leben statt viel haben“. Das war bereits Mitte der Neunziger Jahre das Motto der BUND-MISEREOR-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Doch schon damals zeichnete sich deutlich eine Zukunft ab, in der eine kleine Minderheit gut leben und immer mehr haben, eine wachsende Mehrheit dagegen immer schlechter leben und gleichzeitig immer weniger haben würde. Dass dies auch dem deutschen Bundespräsidenten nicht verborgen geblieben war, bewies eine Rede wenige Wochen vorher, in der er auf die wachsende Kluft zwischen arm und reich hingewiesen hatte. Konkrete Abhilfemaßnahmen nannte er freilich keine.

Genauso wenig übrigens hatte die erwähnte BUND-MISEREOR-Studie einen Weg aus der Wachstumsfalle parat. Denn auch sie forderte – bereits 1996 – eine Reduktion des Ressourcenver-

brauchs in den Industrieländern um 80% bis zum Jahre 2050. Wie dies jedoch in einer wachstumsfixierten Ökonomie gelingen sollte, darüber machte die Studie keine Angaben.

Erfreulicherweise will sich künftig Meinhard Miegel diesem wichtigen Thema widmen. Miegel war dreißig Jahre lang Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG), das 1977 als Folge von Reibungen innerhalb der CDU entstanden war. Der langjährige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf hatte beschlossen, ein aus privaten Spenden finanziertes Institut zu gründen, um auf wichtige gesellschaftliche Entwicklungen aufmerksam zu machen und alternative Konzepte zu entwerfen. Leiter des Instituts – bis zum heutigen Tag übrigens – war Biedenkopfs Mitarbeiter Meinhard Miegel, ein Soziologe und Jurist. Mitte nächsten Jahres soll das Institut mit seinen acht Mitarbeitern nun geschlossen werden. Die Arbeit sei weitgehend getan. So seien viele vom IWG bearbeitete Themen, von der Bevölkerungsentwicklung über die Rentenfrage bis hin zu Fragen des Subventionsabbaus und der Staatsverschuldung, inzwischen Allgemeingut geworden. Nun will sich Miegel mit einer neuen Stiftung mit den Folgen der globalen Umbrüche auseinandersetzen. Die Natur sei erschöpflich, und inzwischen sei sie erschöpft. So will Miegel an einem Weltmodell arbeiten, das diese Grenze respektiert und nicht auf ständiges Wirtschaftswachstum setzt. Man fragt sich: Muss es gleich ein „Weltmodell“ sein? Täten es nicht auch dezentrale Ansätze, die sich nach und nach verwirklichen ließen? Das Modell einer natürlichen Wirtschaftsordnung ist ein dezentrales Modell, das positive ökonomische, ökologische und soziale Auswirkungen verheißt. Eine in Anlehnung an die Vorschläge Silvio Gells durchgeführte Geldreform beispielsweise könnte auf der Ebene einer (Landes-)Währung praktiziert werden. Aufgrund der offensichtlichen Vorteile dieser Reform würden andere Staaten bzw. Währungsräume nachziehen müssen, veranlasst entweder durch die Politik oder – was wahrscheinlicher ist – den Druck der Bevölkerung. ■